



Medienmitteilung vom 7. März 2009

Lohngleichheit und mehr Frauen in die Verwaltungsräte – gerade wegen der Wirtschaftskrise!

Lohndiskriminierung ist nach wie vor ein gravierender Verfassungs- und Gesetzesbruch! Solange die Mehrheiten in der Politik, an den Gerichten und in den Chefetagen der Wirtschaft männlich sind, wird sich daran nichts ändern. Darum fordern die SP Frauen Schweiz im Hinblick auf den 8. März und den equal pay day nicht nur Lohngleichheit sondern auch Parität in den Verwaltungsräten.

„Sich zuerst um die Wirtschaftskrise und erst dann um die Gleichstellung zu kümmern ist falsch“ erklärt Julia Gerber Rüegg die Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz an der heutigen Sitzung der Frauenkoordination. Denn die Gleichstellung ist nicht nur ein Recht, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, in dem noch Wachstum möglich ist.

Lohngleichheit stärkt die Kaufkraft der Frauen und ist damit eine Massnahme zur Stärkung der Konjunktur. Der Unterschied zwischen vergleichbaren Männer- und Frauenlöhnen stagniert jedoch bei knapp 20 Prozent. So lange die Mehrheit in der Politik, in den Gerichten und in den Chefetagen der Wirtschaft männlich ist, bleibt die Lohngleichheit ein süsser Traum. Jetzt ist aber ausgeträumt: Wir verlangen dezidiert mehr Frauen in allen Entscheidungsgremien, insbesondere in den Verwaltungsräten. Diesbezüglich ist die Neubesetzung der UBS-Spitze ein Alptraum. Sagt uns wo die Frauen sind? Wo sind sie geblieben?

Deshalb fordern die SP Frauen auf den 8. März 2009 die Lohngleichheit von Frau und Mann, die Parität in den Verwaltungsräten und zusätzlich ein „Haushaltspraktikum“ für Manager. Denn „Haushalten“ beinhaltet nachhaltige Planung und Umsetzung, sowie die Kompetenz, Risiken abzuschätzen. Ein enormer Lernbedarf der Manager ist ausgewiesen, wie die heutige Wirtschaftslage zeigt.

Weitere Informationen:

[Finanzkrise: mehr Verwaltungsrätinnen jetzt!](#)

p.l. Roth-Bernasconi: [Mehr Frauen in Verwaltungsräte!
equal pay day](#)